

Arbeits-

Partei der Sozialdemokratischen
Partei Deutschlands, Bonn.

- 9. FEB.



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

1/XVII/34 - 9. Februar 1962

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 2 18 31 - 33

Fernschreiber 0 368 890

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

- | | | |
|-------|--|----|
| 1 - 2 | <u>Die NATO steht und fällt mit dem Vertrauen</u>
Norwegers Außenminister zum Thema "NATO-Atomkraft" | 71 |
| 3 - 4 | <u>Erfolge, nach denen wir streben</u>
Eine studentische Plakataktion
Von H. Bortfeldt | 56 |
| 5 - 6 | <u>Bleibt es beim 1. Juli 1962 ?</u>
Nach der Konstituierung des Länder-Fernsehrates | 78 |
| 7 | <u>Blutige Fehnung</u>
OAS-Terror stärkt Frankreichs Kommunisten
Von unserem Korrespondenten in Paris, Georg Scheuer | 40 |
| 8 | <u>"Die blutenden Grenzen Asiens" (VI)</u>
Opium und Prostitution in Südostasien
Sklavensportmarkt Hong Kong
Von Erwin Erasmus Koch | 35 |

* * *

* * *

Die NATO steht und fällt mit dem Vertrauen

sp - Norwegens Außenminister Lange hat am Donnerstag im Osloer Parlament entschlossen das heisse Eisen angepackt, das Bundesverteidigungsminister Strauß im Dezember bei der Pariser Ministerratstagung auf den Tisch der NATO gelegt hatte. Lange hat in kühlen Worten der realistischen Vernunft entschieden gegen den Plan einer Nuklearbewaffnung der NATO Stellung genommen, wobei er neben der Anmeldung stärksten Zweifels an der Behauptung, dass eine solche NATO-Atomkraft die Fähigkeit des atlantischen Bündnisses zur Verhinderung eines Krieges vergrößern könnte, vor allem unumwunden den psychologischen Zentralpunkt des ganzen Problems blosslegte: Die Frage nach dem innerbündlichen Vertrauen, nach der Festigkeit dieses Vertrauens zwischen den 15 NATO-Partnerstaaten. Die bisher bestehende Aufgabenverteilung in der NATO nannte Lange eine Sicherheitsmaßnahme, die gerade unter der Voraussetzung dieses gegenseitigen Vertrauens auch für die Zukunft genüge. Wenn nämlich, so stellte der norwegische Außenminister fest, dieses Vertrauen eines Tages nicht mehr bestehen sollte, dann könnte auch eine NATO-Atomstreitmacht der NATO keine zusätzliche Sicherheit geben.

Es scheint an der Zeit gewesen zu sein, dass diese Sätze gesprochen werden sind. Auch Lange geht es bei seinen Zweifeln und bei seiner Abwehr gegen diese NATO-Atomkraft-Pläne nicht um die Ablehnung einer gewissen Korrektur, ja vielleicht einer Neuregelung in bestimmten NATO-Problemen, als da die begriffliche und berechtigte Forderung nach einer besseren Information der NATO-Kontinentaleuropäer über Fakten und Pläne sowie ihre höchst angemessene Beteiligung am Ablauf der Planungen und ihrer möglichen Realisierung sind. Die Frage also des sogenannten Mitberatungs- und Mitspracherechts ist gewiss durchaus einer offenen Kröcherung mit den Amerikanern vor allem zugänglich, und diese wird von ihnen sehr deutlich unter der Voraussetzung gewünscht, dass die Partnerregierungen Washingtons endlich zu der brauchbaren Übereinstimmung zunächst einmal in den konkreten Vorstellungen kommen, die vor der US-Regierung seit Jahr und Tag erbeten wird. Es ist nicht Schuld der Amerikaner, dass die anderen NATO-Staaten diese Übereinstimmung bis heute nicht herbeigeführt haben und dass Präsident Kennedy den NATO-Generalsekretär Stikker mit dieser Bescheid wieder nach Paris zurückschicken musste.

Norwegens Außenminister Lange sah sich zu der so sehr betonten Warnung vor einer Strapazierung des innerbündlichen Vertrauens aus zweifellos noch intimerer Kenntnis der Situation veranlasst, als sie gemeinsam zur Verfügung steht. Die von Lange angesprochene gegenwärtige Aufgabenteilung in der NATO, wobei also grob gesagt der Atomeinsatzbefehl bei US-Amerikas Präsidenten liegt, bezieht ihre sowohl festigende als auch abschreckende Kraft gerade auch aus diesem Vertrauen. Welchen Zweifeln, ja welchen Gefahren dieses NATO-Bollwerk Vertrauen aber schon heute ausgesetzt zu sein scheint, das lässt sich u.a. in einem brandneuen CDU-Papier nachlesen. Der "Redeskitzen-Dienst" der CDU-Führung, der sich in seiner Februar-Ausgabe gerade mit dem hier behandelten Problem "Die NATO im Jahre 1962" befasst, schreibt nämlich wörtlich:

"In diesem Zusammenhang auch ein Wort zu der von der Bundesregierung (sic!) wieder aufgenommenen Forderung, die NATO selber - und nicht bloße die Amerikaner und die Engländer allein - müsse Verfügungsgewalt (sic!) über Atomwaffen bekommen, also zur "vierten" Atommacht" aufrücken. Genau gescher geht diese Forderung darauf hinaus, dass der Krenl sich nicht darauf verlassen darf, Präsident Kennedy werde den Befehl zum Einsatz von Kernwaffen erst (sic!) bei einer Beschussung Amerikas geben, und nicht schon (sic!) bei einem Durchbruch sowjetischer Panzerteile über die Elbeinie (sic!). Der NATO-Oberbefehlshaber in Europa muss diesen Befehl ohne Zeitverlust von sich aus geben und dazu lediglich (sic!) die Zustimmung desjenigen Landes benötigen, in dem das atomare Sperrfeuer ausgelöst werden müsste, um die Invasion aufzuhalten. Das könnte die Bundesrepublik oder auch Dänemark oder die Türkei sein, denn diese drei Stellen hält man für am meisten gefährdet."

So deutlich allerdings, wie in dieser CDU-partei-offiziellen Anweisung für die CDU-Parteiredner, wird vermutlich auch Norwegens Außenminister noch nicht auf gewisse NATO-Reform-Vorstellungen hingewiesen worden sein, die jetzt doch so offen in Bonn dargelegt worden. Aber wenn Lange von dem Vertrauen sprach, mit dem die NATO steht und fällt, dann kann man jetzt, nach Kenntnisnahme dieser CDU-Aussagen, zumindest in Umrisen ermessen, welcher Willen der Außenminister des NATO-Staates Norwegen bewegen haben mag und wohl auch muss, vor dem Parlament des norwegischen Volkes so überraschend deutlich zu werden.

Erfolge, nach denen wir streben

Von H. Bortfeldt

Plötzliche Katastrophen lassen manchmal Mängel zutage treten, die Jahre oder Jahrzehnte zuvor hätten abgestellt werden müssen.

Der Allgemeine Studentenausschuss der Münchener Universität hat jetzt mit einer Plakataktion bei allen westdeutschen Höheren Schulen begonnen. Die Plakate warnen die angehenden Studenten, nach München zu kommen. Der ASTA weist auf die grosse Knappheit an Studentenzimmern, die Überfüllung der Hörsäle und Seminare, auf die schlechten Verhältnisse in der Mensa und die "katastrophalen Zustände im allgemeinen" hin.

Die Universität München, die ihrem gegenwärtigen Zustand nach für etwa 10 000 Studenten ausreichen würde, hat zur Zeit 21 044 eingeschriebene Hörer. Von der Plakataktion sagt der ASTA-Vorsitzende, dass sie "einmalig" sei und hoffentlich wenigstens einen "Teilerfolg" haben werde. Beide Termini zeigen, wie weit es mit uns gekommen ist. Etwas Einmaliges geschieht, aber es ist einmalig negativ. Ein Erfolg wird angestrebt, wenigstens ein Teilerfolg, aber der Erfolg wird am Negativen gemessen, wird in Abschreckung gesucht.

Die staatlichen Ausbaupläne für die Universität sollen nach einer Erklärung des bayerischen Kultusministers "mit Nachdruck" fortgesetzt werden. Sie werden aber - aufgrund der Empfehlungen des Wissenschaftsrates - nicht über eine Aufnahmefähigkeit von 15 000 Studenten hinausgehen. Der Ausbau selbst wird "mindestens zehn Jahre" erfordern. Aber vielleicht ist solche Langsamkeit im Anstreben von Teilerfolgen in Westeuropa auch bald einmalig.

Präsident Kennedy hat in dieser Woche dem amerikanischen Kongress ein Schulhilfsprogramm in Höhe von 5,7 Milliarden Dollar (22,8 Milliarden D-Mark) vorgelegt und gefordert, dieses Programm ohne weitere Verzögerungen zu verabschieden. Mit Hinweis auf ein entsprechendes Programm, das im vergangenen Jahr im Kongress nicht durchgekommen war, erklärte der Präsident: "Wir können es uns nicht leisten, noch ein Jahr zu verlieren".

Kennedy hat in seinen Programmen für das amerikanische Schulwesen seine Forderung von 2,1 Milliarden Dollar für den Bau von Schulräumen und eine Erhöhung der Lehrergehälter erneuert. Bedenken des Kongresses, dass eine solche Hilfe für die Schulen zu einer staatlichen Kontrolle des Unterrichtswesens führen könnte, wies er zurück.

Weiten Raum in den Programmen nehmen auch die Verbesserung des amerikanischen Lehrersstandards, eine bessere Ausbildung für Wanderarbeiter und ihre Kinder und eine Unterstützung der Fernschüler ein. Überdies empfiehlt Kennedy ein großzügiges Programm zur Heranbildung von Wissenschaftlern und Ingenieuren.

Seit Jahren trommelt die deutsche Sozialdemokratie und mancher ist nach geworden. Der Wissenschaftsrat kam, die Studienförderung kam. Nur die echte Bildungsreform, nur die großzügige, zentrale Förderung von Wissenschaft und Forschung kamen noch immer nicht. Auch der Sozialdemokratie waren, trotz des einmaligen Beifalles, den sie aus der wissenschaftlichen Welt erhielt, nur Teilerfolge beschieden.

Die christlichen Demokraten haben gebremst, wo sie konnten. Sie haben keinen Kennedy. Keiner von ihnen ist energiegeladener genug, um die Bundesregierung auf diesem sträflich vernachlässigten Gebiet immer wieder anzustossen. Keiner von ihnen ist einsichtig genug, überhaupt zu verstehen, um was es geht. Altphilologe Strauss wirft mit Bildungstropfen um sich, zitiert Ortega y Gasset und Sankt Augustin, aber scheint im Übrigen der Meinung seines Kollegen Schröder zu sein, man solle eben einen Teil der Studenten "herausprüfen". Sie reden alle viel von theoretischer Humanität und berufen sich auf Wilhelm von Humboldt, ahnen aber gar nicht, dass es heute ohne praktischer Humanismus nicht mehr geht.

Bleibt es beim 1. Juli 1962?

L. Sch. - Mainz

Die konstituierende Sitzung des Fernsehrates hat der Länderanstalt Zweites Deutsches Fernsehen ein gutes Horoskop gestellt. Sie war durch eine Atmosphäre der Sachlichkeit und der deutlich spürbaren Bereitschaft zur verantwortungsvollen Erfüllung der im Karlsruher Fernsehurteil verantworteten Grundsätze wohlthuend geprägt. Die sechs erschienenen Ministerpräsidenten strahlten die Gewissheit aus, dass das von ihnen begonnene Werk in gute Hände übergegangen ist. Selbst die CDU-Länderchefs liessen sich durch die immer noch anhaltenden Querschüsse aus dem Bonner Kanzler-Palais ihre Freude nicht trüben. Vielmehr bezeichnete der bader-württembergische Kabinettschef Georg Kiesinger die anlässlich der Benennung der drei Bundesvertreter für den Fernsehrat erneut geäußerten verfassungsrechtlichen Bedenken seines Parteichefs gegenüber der Schaffung einer gemeinsamen Länderanstalt des öffentlichen Rechts als unbegründet und gegenstandslos.

Nachdem am 23. Februar der Verwaltungsrat als weiteres wichtiges Organ der Anstalt komplett sein und an diesem Tage auch seinen Vorsitzenden wählen soll und vier Tage später die vielbesprochene Intendanten-Frage im Fernsehrat gelöst werden dürfte, muss Adenauer mit hoher Wahrscheinlichkeit noch in diesem Jahr die von ihm verfassungswidrig requirierten Kanäle "zweckentfremdet" sehen. Ob der von den Ministerpräsidenten festgelegte Termin des Ausstrahlungsbeginns am 1. Juli 1962 eingehalten werden kann, steht noch nicht verbindlich fest, jedoch herrscht auch in dieser Hinsicht Optimismus.

Kostspielige Programmkonserven

Er stützt sich bisher allerdings auf eine recht bescheidene Basis, die fast ausschliesslich von Ankäufen aus der Konkursmasse der in Liquidation befindlichen Gesellschaft "Freies Fernsehen" gebildet wird. Es handelt sich dabei um die Produktionsstätten in Frankfurt-Äschborn mit der technischen Ausstattung sowie um sieben Übertragungswagen. Ausserdem soll das dort im Kanzler-Auftrag voreilig belichtete Zelluloid für einen Gesamtpreis von 10 Millionen DM in den Besitz der Länderanstalt übergehen. Dieses Filmpaket enthält 18 000 Sendeminuten und war mit einem Kostenaufwand von rund 90 Millionen DM produziert worden. Nachdem nun auch der Rheinland-pfälzische Ministerpräsident und TV-Vertrauensmann seiner

9. Februar 1962

Kollegen, Dr. h.c. Altmeppen, die sehr unterschiedliche Qualität dieser Programmkonserven offiziell bestätigt hat, muss es dem noch unbekanntem Intendanten und seinen leitenden Mitarbeitern überlassen bleiben, inwieweit und wie lange aus diesem Fundus eine Starthilfe und -erleichterung für die Mainzer Anstalt möglich ist. Wenn man den internen Überlegungen folgt, die von der Möglichkeit einer zunächst nur aktuellen Eigenproduktion von täglich 20 bis 30 Sendeminuten ausgehen, so müssten für den Anfang mindestens für eine Stunde Fremdproduktionen zur Verfügung stehen, wenn das Minimum eines "Kernprogrammes" von 90 Minuten erreicht werden soll. Branchenkundigen Leuten ist klar, dass dabei der alleinige Einsatz der Konserven aus Frankfurt-Eschborn nicht in Frage kommen kann, zumal etwa 75 Prozent davon als "Makulatur" bezeichnet werden.

"Entwicklungshilfe" von aussen ?

Die Mainzer Anstalt braucht also weitere programmtechnische "Entwicklungshilfe" von aussen. Sie könnte von den bereits bestehenden Bildschirmlieferanten durch Auftragsproduktionen gewährt werden, wobei es Kritikern nicht schwer fällt, die Forderung nach und die übernommene Verpflichtung zu einem "Kontrastprogramm" für die täglich wachsende, abwechslungsungshungrige TV-Gemeinde in der Bundesrepublik mit einer solchen Lösung für unvereinbar zu erklären.

In den letzten Tagen hat sich nun der Mitte Januar gegründete "Verband freier Fernsehproduzenten" anheischig gemacht, durch seine neun Mitgliedsunternehmen wöchentlich Filme für neun bis zwölf Sendestunden zu liefern. Auch die Entscheidung über dieses Angebot wartet auf den Intendanten, der ausserdem rund 750 Bewerbungen zu sichten und sich sofort nach Technikern und Kameraleuten umzusehen haben wird. Ob er die programmtechnischen und personellen Voraussetzungen für den geplanten Sendebeginn in einem knappen Vierteljahr schaffen kann, bleibt abzuwarten. Sicherlich wird es auch auf die Persönlichkeit des künftigen Mainzer Intendanten ankommen, ob er sich und seinen Mitarbeitern einen mit gewissen Risiken belasteten Schnellstart zutraut oder beim immerhin schon recht anspruchsvoll gewordenen Fernseh-Publikum auf Nummer sicher gehen will.

Hoffnungen

Nach dem verheissungsvollen Auftakt im Fernsehrat ist jedenfalls zu hoffen, dass sich die hier eindrucksvoll dokumentierte Verantwortungsfreude zugleich mit dem Willen zu künstlerischer Leistung und objektiver aktueller Berichterstattung auch in Intendanz, Programmleitung und Chefredaktion der Länderanstalt dauerhaft etabliert. Vor dem Anspruch der Bildschirm-Konsumenten auf einen vollwertigen Ersatz für das bisherige zweite Programm der bestehenden Fernseh-Anstalten müsste notfalls der verständliche Wunsch der "Taufpaten" der Anstalt nach Beibehaltung des angekündigten Sendebeginns zurücktreten. Auch aus politischen Gründen ist dem Länderfernseher ein guter und von möglichst wenig Unzulänglichkeiten belasteter Start zu wünschen!

+ + +

Blutige Mahnung

Von unserem Korrespondenten in Paris, Georg Scheuer

Der 8. Februar 1962 mit seinen Toten auf dem Place Léon Blum in Paris ist ein trüber Tag, an den man noch lange denken wird. Während die friedlichen Verhandlungen zwischen Paris und der FLN in die letzte Etappe treten und die rechtsradikale Untergrundbewegung OAS ihre Plastikbombenoffensive verstärkt, um den Waffenstillstand wieder zu torpedieren, ist der Bürgerfrieden in der französischen Hauptstadt infrage gestellt. Wie schon im September 1961 sind auch die Februardemonstrationen der Pariser Arbeiter und Studenten bis jetzt nicht gegen de Gaulle, sondern gegen die OAS gerichtet und für den Frieden in Algerien organisiert. Das veranlasste übrigens den Chef einer der grossen Polizeigewerkschaften schon im Dezember, für die Zweckmässigkeit republikanischer Kundgebungen einzutreten und gegen das Verbot zu protestieren. Er wurde deshalb gemässregelt.

Warum werden Kundgebungen der Demokraten heute in Paris immer noch verboten und unterdrückt? Die Regierung erklärt, dass die kommunistische Partei hinter diesen Demonstrationen stehe. Es gibt keine Zweifel darüber, dass die KP durch den OAS-Terror gestärkt wird. Es ist kein Geheimnis, dass die OAS in Frankreich gern eine "Volksfront" säh, um durch dieses Gespenst das zögernde Bürgertum zu gewinnen.

Diese Rechnung ist offensichtlich falsch. Die KP blieb die ganzen letzten Jahre passiv, jetzt sieht sie eine Chance. Ob diese Chance durch Verbote verringert oder vergrössert wird, das ist die Frage. In Paris und in den französischen Städten demonstrieren und streiken in diesen Februartagen wie schon im Dezember nicht nur die Kommunisten und einer der grössten Gewerkschaftsbünde CGT gegen die OAS und deren Missetaten. Stärker, aktueller und schon vor den Kommunisten stehen die Sozialisten, die Demokraten, der unabhängige Studentenbund UNEF und insbesondere die christlichen Gewerkschaften in diesem Abwehrkampf. Man ist sich in diesen Kreisen über die Absichten der KP wohl bewusst, will ihr aber gerade deshalb nicht die Initiative und das Konzept im Kampf gegen den rechtsradikalen Terror überlassen.

Dem ausländischen Beobachter drängen sich in diesen Tagen in Paris einige Fragen auf. Warum organisiert die Regierung nicht selbst das Volk zur Abwehr eines Terrors, den die Behörden trotz einiger bemerkenswerter Erfolge offensichtlich nicht gewachsen sind? Zieht man in Frankreich aus der deutschen Tragödie vor 30 Jahren keine Lehren? Kann die Regierung es sich leisten, den doppelten Krieg gegen OAS und die Linke zu führen? Die Toten und Verwundeten auf dem Pflaster von Paris sind eine Mahnung für alle Franzosen und eine Warnung für alle Europäer.

"Die blutenden Grenzen Asiens" (VI)

Opium und Prostitution in Südostasien

Von Erwin Erasmus Koch

Hong Kong, Mitte Januar 1962

Der Westler gibt den Kommunisten Südasiens und nicht zuletzt Mao-Tse-tung eine höchst bedauerliche Hilfe in der Propaganda über die Verworfenheit der Imperialisten. Hong Kong teilt den Ruf eines Marktes weiblicher Sklaven aller Hautschattierungen mit Singapur und dem Hinterland der Malaiischen Föderation. Nach unbestimmten, unkontrollierbaren Zehntausenden junger Frauen und Mädchen werden die "Verschiffungen" - zumeist auf grossen Fischerdschunken - berechnet und gemeldet. Die chinesische Polizei suchte unter britischer Assistenz in diesen Tagen mit scharfen Massnahmen einzuschreiten; vor allem wurden in Singapur ausgedehnte Razzien in allen verdächtigen Hotels und anderen Unterkünften durchgeführt. 35 Hotelbesitzer einschliesslich einiger "Exportkaufleute" verloren ihre Lizenz, nachdem sie als Zwischenglieder eines mit Frauen und Girls handelnden Ringes entlarvt worden waren. Nach Zehntausenden, gleichfalls zur unbestimmt zu errechnen, werden auch die Opium- und sonstigen Rauschmittelhändler hauptsächlich wiederum in Hong Kong und Singapur eingeschätzt. Der schwarze Markt erstreckt sich über die zahllosen Basare der Hauptinsel der Kronkolonie, weit über Kowloon und die New Territories. Fast jeder Rikschakuli offeriert nachts die Fahrt in einen "Drugstore" mit und ohne Girls.

In einem der bestrenommierten Hotels auf Kowloon bot mir selbst der Stagenkellner des Wolkenkratzers eine Massage mit und ohne Girls an - gegen dreissig Hong Kong-Dollar für zwei Stunden. Ein junges Girl für eine ganze Nacht kostet achtzig Hong Kong-Dollar. Das Ergebnis eines Raids der Polizei in Singapur, auf sechs Stunden, von elf Uhr abends bis fünf Uhr morgens beschränkt, war die "Sicherstellung" von 35 Girls unter 18 Jahren, die ein Teil der "Ware" eines Ringes von "Sing-Song-Girls"-Unternehmen waren. Die Mädchen und die Rauschgifte, vornehmlich das Opium, "fliessen" aus Rotchina.

"Die Volkszeitung" Peking nutzt die Situation weidlich aus. Noch immer seien die Asiaten eine Ware für die Kolonialherren wie das Opium; beides sei unter ihrer Herrschaft mehr oder weniger schweigend seit Jahrhunderten geduldet. Peking verliert kein Wort darüber, dass Rotchina selbst die "Ware" liefert. Das Joel an der Wurzel auszuräumen, bedarf kolonialistischer, härtester Strafen. Sie werden auch statuiert. Aber die meisten der Beteiligten verfangen sich nicht in den Netzen der Gesetze.